

Kai-Uwe Hellmann [Hrsg.]

Verbrauchersozialpolitik

Über sozialpolitische Funktionen der Verbraucherpolitik
und vergleichbare Vermischungen



Nomos

Kai-Uwe Hellmann [Hrsg.]

Verbrauchersozialpolitik

Über sozialpolitische Funktionen der Verbraucherpolitik
und vergleichbare Vermischungen



Nomos

© Titelbild: Luecken-Design.de

Die Veröffentlichung der Druckausgabe sowie die Open Access-Veröffentlichung der elektronischen Fassung wurde ermöglicht mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2024

© Die Autor:innen

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Walzseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Walzseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-0821-6

ISBN (ePDF): 978-3-7489-1575-1

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748915751>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorrede

Am 26. September 2022, so Katja Gelinsky von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, soll Steffi Lemke, seit 2021 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, im Rahmenprogramm des Deutschen Verbrauchertages gesagt haben: „Bei der Abfederung der Folgen von steigenden Energiepreisen und Inflation vermischen sich Sozialpolitik und Verbraucherschutz stark“¹. Wahrscheinlich dürfte diese Aussage durch damalige Umstände ad hoc motiviert worden sein, Corona, Ukrainekrieg, „Polykrise“² legen das nahe. Womöglich ging Lemkes Feststellung einer Vermischung von Sozial- und Verbraucherpolitik derweil aber auch eine viel länger schon anhaltende Diskussion voraus. Jedenfalls schwieg sich die Forschungslage bezüglich dieser Vermischungsthese damals aus.

Dabei ist diese These politikfeldpraktisch nicht ohne Brisanz. Immerhin gibt es für Sozialpolitik seit jeher ein eigenes Bundesministerium, während Verbraucherpolitik (oft auf Verbraucherschutz miniaturisiert) bei nahezu jeder Koalitionsverhandlung einem anderen Ministerium zugeschlagen wird, dann jeweils mit erheblichen Akklimatisierungs- und Integrationsherausforderungen konfrontiert, von der extrem ungleichen Größe der jeweiligen Etats – das Sozialministerium beansprucht seit langem den weitaus größten – gar nicht erst angefangen.³

Vерstärkt wird diese Wahrnehmung einer strukturellen Asymmetrie zwischen Sozial- und Verbraucherpolitik, qualifiziert man Verbraucher(schutz)politik mit

1 Vgl. Katja Gelinsky: Ramona Pop: Die Frontfrau der Verbraucher. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Oktober 2022 (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/ramona-pop-im-portraet-die-frontfrau-der-verbraucher-18371306.html). Der Vortrag von Frau Lemke ist über den Link www.vzvb.de/termine/deutscher-verbrauchertag-2022-energie-preis-krise-nachzuhören. Die Aussage selber taucht aber nicht in diesen Videomitschnitten auf. Vielmehr hätte Frau Lemke diesen Satz, wie Frau Gelinsky mir auf Nachfrage versicherte (Emailverkehr vom 26. und 27. November 2022), im Laufe der Abendveranstaltung des Verbrauchertages in der Parlamentarischen Gesellschaft am 26. November 2022 im Rahmen ihrer Empfangsworte ausgesprochen.

2 Vgl. die Veranstaltung ‚Verbraucherpolitik in der Polykrise‘ (www.verbraucherforschung.nrw/vernetzen/workshop-17-verbraucherpolitik-in-der-polykrise-87734).

3 Bezuglich des Bundeshaushalts 2024 verwaltet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales 171,67 Mrd. Euro oder 36,64 Prozent des Gesamtetats, während für verbraucherpolitische Belange, soweit diese durch das BMUV vertreten werden, nur 0,0085 Prozent der Bundesmittel zur Verfügung stehen (*Lamla* in diesem Band). Insgesamt liegt die Sozialleistungsquote sogar bei 45,8 Prozent des Gesamtetats.

Frank Janning als ein Politikfeld, das eine eher späte Geburt erfahren hat (symbolischer Geburtstermin: die BSE-Krise Anfang der 2000er Jahre)⁴ – zudem ein Politikfeld, das sich im Vergleich mit vielen anderen, längst etablierten Politikfeldern wie Außen- und Sicherheitspolitik, Familien-, Innen-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik oder eben Sozialpolitik immer noch in einem Prozeß elementarer Institutionalisierung und Stabilisierung befindet.

Läßt man Jannings Bewertung als Arbeitsthese soweit gelten, könnte eine solche Vermischungstendenz unter strategischen Gesichtspunkten für die Verbraucherpolitik eine echte Chance bedeuten, sich als eigenständiges Politikfeld im Verbund mit anderen Politikfeldern klarer zu profilieren und intern weiter zu konsolidieren. Immerhin zählt Sozialpolitik zu einem der ältesten, schon im 19. Jahrhundert begründeten Politikfeldern;⁵ sie genießt bei einem Großteil der Bevölkerung hohes Ansehen und könnte durch ihren enormen Legitimitätsvorsprung, nähme sie die Verbraucherpolitik ins Schlepptau und richtete ihr sachbezogen eine Position auf Augenhöhe ein, viel mehr Anerkennung und Aufmerksamkeit verschaffen.⁶

Ein gemeinsamer Problembezug für Sozial- und Verbraucherpolitik, dies lässt sich auch dem Impulsvortrag von Frau Lemke am Vormittag des 26. September 2022 entnehmen, könnte dabei die Fokussierung auf jene sein, welche am meisten Schutz benötigen, mithin besonders vulnerable Verbraucher und Verbraucherin-

4 Vgl. Frank Janning: *Die Spätgeburt eines Politikfeldes. Die Institutionalisierung der Verbraucherschutzpolitik in Deutschland und im internationalen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos 2011. Siehe ferner Gert G. Wagner: Altersvorsorge erfordert effektiven Verbraucherschutz. *Frankfurter Rundschau*, 57. Jg., Nr. 17, 20. Januar 2001, 9; Kathrin Loer/Renate Reiter/Annette Elisabeth Töller: Was ist ein Politikfeld und warum entsteht es? *Der Moderne Staat*, 8(1), 2015, 7–28, hier 13; Christian Bala/Kathrin Loer: Konsum- und Verbraucherpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In Christian Kleinschmidt/Jan Logemann (Hrsg.): *Konsum im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin/Boston: de Gruyter/Oldenbourg 2021, 589–616, hier 609ff.

5 Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gibt es seit 1949, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

6 Angesichts der Debatte, die im August 2024 von Mitgliedern der FDP-Bundestagsfraktion losgetreten wurde, wonach das Entwicklungsmiesterium effizienterhalber dem Außenministerium zugeschlagen werden sollte, als solches also entbehrlich wäre, könnte überlegt werden, ob es dann, wenn der Fortbestand eines ganzen Ministeriums diskutiert wird, nicht naheläge, ad hoc über den Aufbau eines eigenen Verbraucherministeriums nachzudenken, dessen Funktionsbezug sicher nicht minder relevant sein dürfte, da es allen Verbrauchern und Verbraucherinnen – „For consumer are all of us; consumers are simply the general public.“ (Hazel Kyrk 1923) – im eigenen Staatsgebiet zum Vorteil gereicht.

nen.⁷ Für die Sozialpolitik, die primär für die Einkommenseite der Haushalte zuständig ist, sollte dies evident sein. Aber auch die Verbraucherpolitik, die mehr die Ausgabenseite der Haushalte im Blick hat, präsentiert sich angesichts vielfältiger Markt- und Gesundheitsrisiken bevorzugt als Verbraucherschutz besonders verletzlicher Bürger und Bürgerinnen. Nicht zuletzt hat das Leitbild des verletzlichen Verbrauchers seit 2010 eine unerwartete Renaissance erfahren – freilich auf Kosten des Leitbildes des mündigen Verbrauchers (aber dies wäre eigens zu diskutieren).⁸ Hier gäbe es somit eine auffällige Gemeinsamkeit der politischen Klientel, welche es im Kontext der aktuellen Problemlagen allemal berechtigt erscheinen ließe, käme es zu einer engeren, synergetischen Kollaboration beider Politikfelder. Denn signifikantes Energiesparen beispielsweise, so komplex dieser Appell auch umzusetzen wäre, würde sich zunächst auf der Ausgabenseite bemerkbar machen, bei zunehmender Verschuldung oder zu geringen Energieeinsparerfolgen aber sehr schnell die Einnahmeseite betreffen und damit in die Zuständigkeit der Sozialpolitik fallen. Im Grunde sind beide Politikfelder gerade im Falle einkommensschwacher Haushalte früher oder später kurzgeschlossen, und falls weiterhin verschiedentlich Teuerungen auftreten, sogar darüber hinaus.

Ausgehend von diesem vorläufigen Befund wurde im Frühling 2023 beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) eine Tagung beantragt (im Sommer bewilligt und gefördert), die sich von dieser These einer stärkeren Vermischung von Sozial- und Verbraucherpolitik inspirieren ließ und mit der Differenzierung bzw. Identifizierung der Spezifika beider Politikfelder, d. h. mit ihren unterschiedlichen Reifegraden und Zuständigkeiten befassen sollte. Ebenso sollte hinterfragt werden, ob dieser Vermischungsvorschlag nicht längst politische Übung ist, selbst wenn dies nicht immer offensiv kommuniziert wird, und welche Berührungspunkte und Synergieeffekte es zwischen diesen beiden Politikfeldern grundsätzlich gibt, unabhängig davon, ob eine konkrete Kollaboration, gar strukturelle Kopplung schon stattfindet. Überdies hätte die Vermischungsthese dahingehend überprüft werden können, ob sich mit ihr eine vergleichbare Zäsur für die Verbraucherpolitik einstellt, so wie Janning dies für die BSE-Krise Ende der 1990er Jahre diagnostiziert hatte. Noch stärker historisierend gefragt: Könnte es sein, daß die

7 Vgl. die Dokumentation unter www.bmuv.de/rede/impulsrede-von-steffi-lemke-auf-dem-deutschen-verbrauchertag-2022.

8 Vgl. Gerhard Scherhorn: *Gesucht: Der mündige Verbraucher*. Düsseldorf: Droste 1973; Kai-Uwe Hellmann: *Theater des Konsums. Vorstudien für eine Soziologie der Verbraucherbühne*. Wiesbaden: Springer 2023, 239ff; Frauke Rostalski: *Die vulnerable Gesellschaft. Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit*. München: Beck 2024.

aktuellen Umstände dazu führen, daß nach 60 bzw. rund 30 Jahren, d. h. nach Kennedys Rede bzw. der BSE-Krise, erneut ein bedeutender Entwicklungs- und Entfaltungsschub für die Verbraucherpolitik initiiert wird?

Ferner wurde im Vorfeld die Frage gestellt, inwiefern die Konzentration der Verbraucher(schutz)politik auf Markt- und Gesundheitsrisiken überhaupt noch zeitgemäß ist. Immerhin hatte schon Edda Müller darauf gedrängt, daß Verbraucherpolitik (ohne den ‚schutz‘-Einschub, also viel genereller angelegt) „Querschnittspolitik“⁹ darstelle bzw. „als Querschnittsaufgabe“¹⁰ verstanden werden sollte, eine Position, die alltagspraktisch einiges für sich hat. Zumal jeder Bürger, jede Bürgerin immer auch Verbraucher, Verbraucherin ist, beinahe 24 Stunden, 7 Tage die Woche, zwölf Monate im Jahr, so daß Verbraucherpolitik allein deshalb schon ein viel höherer Stellenwert zukommen (können) sollte.

Und falls der Trend, das Leitbild des mündigen Verbrauchers durch das des verletzlichen sukzessive zu substituieren, anhält, wäre bei genauerer Betrachtung zu fragen, ob es heutzutage überhaupt (noch) nicht-vulnerable Verbraucher und Verbraucherinnen gibt. Allein schon die Permanenz von Marktrisiken, die nur bei exquisiter Expertise partiell-temporär ausgeschaltet werden können, und dann höchstens für kleinere Sektoren, erweckt doch den Eindruck: Aufs Ganze gesehen ist jeder Verbraucher, jede Verbraucherin durchgängig verletzlich, ausgenommen eben solch kleinere Sektoren, in denen man sich speziell fit gemacht hat, aus persönlichem Ehrgeiz, weil es ein Hobby betrifft oder berufsnah ist. Wenn Verbraucherpolitik aber dazu tendiert, sich für eine derart ubiquitäre, dauerpräsente Gesamtproblematik zu engagieren, läge es nicht allzu nahe, Verbraucherpolitik so aufzuwerten wie Sozialpolitik? Zwar stünde dann nicht Umverteilung im Vordergrund. Aber genug Relevanz scheint doch gegeben.

Für die Tagung konnten die Kollegen und Kolleginnen Ingo Bode, Rolf G. Heinze, Jörn Lamla, Sebastian Nessel, Judith Niehues, Frank Nullmeier, Jürgen Schupp, Christoph Strünck, Nina Tröger und Gert G. Wagner mit eigenen Beiträ-

9 Vgl. Edda Müller: Grundlinien einer modernen Verbraucherpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24, 2001, 6–15, hier 11.

10 Vgl. Edda Müller: Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe profilieren! *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 18, 2005, Heft 4, 98–105. Siehe ferner Bernward Baule: Kommerzkultur, Verbrauchermacht, moralischer Konsum – zur Verbraucherpolitik im Föderalismus. In Ines Härtel (Hrsg.): *Handbuch Föderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt. Band III: Entfaltungsbereiche des Föderalismus*. Berlin: Springer 2012, 515–613, hier 546.

gen gewonnen werden. Die Tagung fand am 12. September 2023 im Institut für Soziologie der TU Berlin statt.

Für den anschließend produzierten Tagungsband wurde das Autorentableau nochmals neu zusammengestellt.¹¹ Dabei konnte der Eröffnungsbeitrag ‚Wie eigenständig kann und soll Verbraucherinnen-Politik sein? Diskutiert am Beispiel der Verbraucher- und Sozialpolitik‘ von Gert G. Wagner nicht, wie geplant, an den Anfang dieses Bandes gesetzt werden, weil Herr Wagner am 28. Januar 2024 überraschend verstarb.¹² Um seinen Beitrag dennoch zu würdigen, sollen einige Aspekte aus seinem Vortrag hier kurz referiert werden.



Wie eigenständig kann und soll Verbraucherinnen-Politik
sein? Diskutiert am Beispiel der Verbraucher- und
Sozialpolitik

Gert G. Wagner

Mitglied des Sozialbeirats der Bundesregierung, Gast des SVRV

Workshop „Wie steht es um die Zusammenarbeit zwischen
Sozial- und Verbraucherpolitik?“, gefördert vom BMUV

Berlin, TU Berlin, 12. September 2023

So setzte Wagner mit der Unterscheidung ein, daß Sozialpolitik die Aufgabe wahrnehme, für jede/n genügend Kaufkraft sicherzustellen (was primär einkommensschwache Haushalte beträfe), während Verbraucherpolitik dafür zu sorgen habe, daß die jeweils verfügbare Kaufkraft auch „vernünftig“ umgesetzt werden

11 Sebastian Nessel und ich haben Ergebnisse dieses Workshops am 28. September 2023 auf einer Tagung der Veranstaltungsreihe ‚Konsum neu denken‘ in Wien zur Diskussion gestellt und durften im Januar 2024 eine schriftliche Fassung im Sozialpolitikblog (difis.org/blog/?blog=98) des Deutschen Instituts für interdisziplinäre Sozialpolitikforschung veröffentlichen.

12 Siehe den Nachruf auf Dr. rer. oec. Dr. rer. pol. h.c. Gert G. Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (www.diw.de/de/diw_01.c.368357.de/personen/wagner_gert_g.html).

könne, staatlicherseits also Vorkehrungen getroffen werden, damit den Bürgern und Bürgerinnen diese Aufgabenstellung auch gelinge. Im Falle der Verschuldungsproblematik ergibt sich daraus zwangsläufig eine Kooperationsnotwendigkeit.

Sodann identifizierte Wagner verschiedene Abteilungen, Formen und Funktionen von Verbraucherpolitik auf Bundes- und Länderebene, wobei es zumeist (nur) um Verbraucherschutz ginge, also die Deminutivversion, mit relativ gerinem Gestaltungsvermögen. Weitere Institutionen, die verbraucherpolitisch relevant seien, fänden sich in der Hochschul- und Fachhochschulforschung, beim Deutschen Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung, verschiedensten Sozialpolitik-Abteilungen und -Gruppen in Wirtschaftsforschungsinstituten, im Sachverständigenrat für Verbraucherfragen sowie im Bundesnetzwerk Verbrauch erforschung.

Als Problemfelder für die Schnittmenge von Sozial- und Verbraucherpolitik nannte Wagner Alterssicherung, Gesundheitssicherung, Pflegeversorgung, Arbeitslosensicherung, Kindergeld, Wohngeld sowie Sozialhilfe (in dieser Reihenfolge) und betonte insbesondere den Aspekt der Nachhaltigkeit für den Verbrauch erschutz.

Anschließend griff er die Unterscheidung zwischen Sozial- und Verbraucher politik nochmals auf und meinte, daß es bei der Sozialpolitik um die Zuteilung von Sozialleistungen ohne Wahlmöglichkeiten gehe, während die Verbraucher politik gerade an der Risikobehaftetheit von Wahlmöglichkeiten (z.B. unkluge Wahlentscheidungen, Betrug, Nachhaltigkeit) ansetze, die jedem Verbraucher, jeder Verbraucherin formal wie faktisch freistünden.¹³ Allerdings hätte sich inzwischen

13 Hierzu paßt die Aussage: „Grundrechte sind auch das Recht, gewollte Unmündigkeit auszuleben.“ (Klaus Ferdinand Gärditz: In diesen Akten steckt kein Skandal. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. August 2024, Nr. 191, S. 9) Bestätigung erfährt dieser Sachverhalt, schaut man auf die offenbar unvermindert hohe Nachfrage nach Temu Produkten, obgleich seit Monaten über die verbraucherpolitisch beinahe schon kriminell zu nennenden Qualitätsprobleme der über diese Plattform angebotenen Produkte öffentlich breit berichtet wird. Die Klagen nehmen zu, die Nachfrage hält nichtsdestotrotz an, wie Marktforschung offenlegt: „Die deutliche Mehrheit der Nutzer gab an, zwar um die harsche Mängelliste rings um die Angebote auf der Onlineplattform zu wissen. Die Hälfte davon erklärte, sie jedoch weiterhin nutzen zu wollen. Nur 7 Prozent gaben an, sich von der Plattform abzuwenden. Die Mehrheit dagegen lässt sich von Schnäppchenpreisen für Angebote aller Art weiterhin umgarne. / Ausschlaggebend sind für viele dieser Nutzer vor allem die niedrigen Preise und das breite Angebot. Billig-Shoppen in den virtuellen Einkaufsstraßen von Temu samt seinem spielerisch wirkenden Marketing mit Glücksräder, Gewinnsgutscheinen und versandkostenfreien

schen eine Entwicklung ergeben, wonach sich selbst im Gebiet der Sozialpolitik vermehrt Wahlmöglichkeiten auftun, etwa im Bereich der Alterssicherung oder bei Gesundheitsleistungen, was eine Annäherung an die Optionalitätsperspektive der Verbraucherpolitik bedeute, während die Verbraucherpolitik wiederum dazu tendiere, sich immer stärker mit einkommensschwachen Haushalten zu beschäftigen, für welche die Optionalitätsperspektive (Wahlmöglichkeiten nutzen können/müssen) kaum noch erfüllt sei (da kaum Kontingenz) – mithin auch hier eine gegenläufige Annäherung.

Vor diesem Hintergrund fragte Wagner, ob Sozial- und Verbraucherpolitik zusammengeführt werden sollten (ebenso übrigens die Sozial- mit der Verbraucherpolitikforschung). Beides verneinte Wagner, weil Spezialisierung erhebliche Vorteile biete. Außerdem würden sich die gängigen Methoden der Sozialpolitikforschung zu sehr von denen der Verbraucherpolitikforschung unterscheiden, „da es einerseits darum geht zu analysieren und zu simulieren, wie man sicherstellt, daß alle Menschen genug Geld haben, und andererseits der Umgang mit asymmetrischen Informationen und unerwünschten Präferenzen analysiert wird.“

Mit Bedauern wird hier festgestellt, daß Herr Wagner nicht mehr dazu gekommen ist, seinen Eröffnungsvortrag sorgfältig auszuarbeiten und für diese Veröffentlichung einzureichen und beizusteuern.

Der jetzt vorliegende Tagungsband ‚Verbrauchersozialpolitik. Über sozialpolitische Funktionen der Verbraucherpolitik und vergleichbare Vermischungen‘ hat sich zum Ziel gesetzt, Möglichkeiten der Ausweitung der Zuständigkeiten der Verbraucherpolitik über das bislang Übliche hinaus zu diskutieren. Daß dafür die Sozialpolitik als Kollaborationsoption zuerst in den Blick genommen wird, ist lediglich dem Umstand geschuldet, daß Frau Lemke 2022 dies so prominent vertreten hat. Ebenso gut könnte es um die Vermischung von Digitalisierungs- und Verbraucherpolitik, Energie- und Verbraucherpolitik, Entwicklungshilfe- und Verbraucherpolitik, Klima- und Verbraucherpolitik, Migrations- und Verbraucherpolitik, Umwelt- und Verbraucherpolitik, Verkehrs- und Verbraucherpolitik oder Wohnungs- und Verbraucherpolitik gehen (um nur Beispiele zu nennen), bei denen sich funktional äquivalente Schnittmengen längst abzeichnen. Insofern ist hiermit kaum mehr denn ein Anfang gemacht.

Zusendungen scheinen die Mängel an der Qualität von Produkten und Verstöße gegen Standards der Sicherheit aufzuwiegen.“ (Verdruss über Temu-Schnäppchen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. September 2024, Nr. 207, S. 21) Wenn 93 Prozent wider besseren Wissens weiterhin Temu-Angebote nachfragen, fällt es schwer, unverdrossen von Vulnerabilität zu sprechen (aber auch von Mündigkeit).

Der Herausgeber dankt dem Koordinierungsgremium des Bundesnetzwerks Verbraucherforschung dafür, auch diesen Tagungsband in seine Nomos-Buchreihe ‚Verbraucherforschung‘ mit aufgenommen zu haben.

Kai-Uwe Hellmann
Berlin, 24. September 2024

Inhaltsverzeichnis

Vorrede <i>Kai-Uwe Hellmann</i>	5
Einführung, Hinführung, Ausführung	
Verbrauchersozialpolitik: Zur Einführung <i>Kai-Uwe Hellmann</i>	17
König Kunde vs. sozialer Untertan. Die Trennung von Verbraucher- und Sozialpolitik in der Gründungsphase der Bundesrepublik <i>Christian Bala</i>	53
Verbraucher- oder Sozialpolitik? Versuch einer trennscharfen Abgrenzung <i>Olaf Langner</i>	75
Grundrechte, Haushalt, Holistik	
Verbraucherpolitik als Äquivalent für fehlende soziale Grundrechte? <i>Christoph Strünck</i>	99
Zum Verhältnis von Verbraucher- und Sozialpolitik aus der Sicht des privaten Haushalts. Eine Betrachtung vom Standpunkt der Haushaltsökonomik <i>Mirjam Jaquemoth</i>	115
Konsum als holistische Perspektive. Wie sich Sozial- und Verbraucherpolitik als Konsumpolitik zukunftsweisend zusammendenken lassen <i>Jörn Lamla</i>	135

Alterssicherung, Gesundheits-, Wirtschafts- und Verbraucherpolitik

Zur Überlagerung von Sozial- und Verbraucherpolitik in der Alterssicherung <i>Frank Nullmeier</i>	163
Verbraucherpolitische Dimensionen in der Gesundheitspolitik: Herausforderungen für eine sozial gerechte Gesundheitsversorgung <i>Kathrin Loer</i>	185
Konfrontation statt Kooperation: die Ladenschluss-Debatte <i>Günther Rosenberger</i>	209

Klima-, Nachhaltigkeits- und Verbrauchersozialpolitik

Klimageld als Transformationshebel – Gestaltungspotenziale und Umsetzungsblockaden <i>Rolf G. Heinze/Jürgen Schupp</i>	231
Verbrauchersozialpolitik für eine nachhaltige Entwicklung <i>Michael-Burkhard Piorkowsky</i>	251
Nachwort <i>Kai-Uwe Hellmann</i>	269
Autorenverzeichnis	273